



Samstag, 20. Dezember 2025, 13:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Die gedopte Lüge

Der „Krieg gegen die Drogen“ des US-Kriegsministeriums in Venezuela hat nichts mit Drogen zu tun.

von Wolf Wetzel
Foto: miss.cabul/Shutterstock.com

Für den Krieg gegen Vietnam benutzte die US-Regierung einen inszenierten Vorwand, um die französische Kolonialmacht abzulösen und Millionen von Menschen abzuschlachten, um sie vor dem

„Kommunismus“ zu schützen. Jetzt will die US-Administration unter dem Paten Donald Trump doch tatsächlich den Kampf gegen Drogen aufnehmen, nicht zu Hause, sondern in Venezuela. Diese Politik hat jedoch nichts mit Drogen zu tun, dafür umso mehr mit einem südamerikanischen Land, das nicht nach der US-Pfeife tanzt. Um die Maduro-Regierung zur „freiwilligen“ Aufgabe zu zwingen, mordet man an der Küste Venezuelas und hat zwischenzeitlich über 70 Menschen getötet, die sich in Booten befanden, die man als „Drogenschiffe“ deklarierte. Dass all das Kriegsverbrechen sind, juckt den Paten Trump nicht. Denn er hat nach wie vor Verbündete in Europa und in der EU. Sie räuspern sich zu diesen kriegerischen Akten und winken sie durch.

Jetzt hat der US-Verteidigungsminister eine Klage am Hals, als er den Befehl gab, ein „Drogenboot“ nochmals zu bombardieren, weil dort noch zwei Menschen am Leben waren. Das hat etwas mit Killerpolitik zu tun und widerspricht nicht nur internationalem, sondern auch US-Recht.

Als der US-Verteidigungsminister erst leugnete, dann erklärte, dass all das im „Nebel des Krieges“ geschehe, für den man selbst sorgt, saß ein leicht abgedrehter US-Präsident neben ihm, um dabei die Tischplatte mit seinen Blicken zu durchbohren.

Genau dieser US-Pate hat zeitgleich einen Drogenboss aus Honduras „begnadigt“, der bis dahin für besonders gefährlich gehalten wurde: Der ehemalige Präsident von Honduras, Juan Orlando Hernández, der in den USA wegen Drogenhandels im

großen Stil zu 45 Jahren Haft verurteilt worden war, ist nach einer Begnadigung durch US-Präsident Donald Trump aus der Haft entlassen worden. Jetzt ist die „Begnadigung“ ein Geschenk für den reaktionären Regierungskandidaten, der unbedingt „gewinnen“ muss. Andernfalls werde wieder einmal die Hölle bemüht – wie in Gaza/Palästina.

Die US-Administrationen führen keinen „Krieg gegen die Drogen“. Sie benutzen sie selbst und für staatsterroristische Aktivitäten, die sie mit dem Handel von Drogen finanzieren. Wenn man all die „Drogenschiffe“ bombardieren würde, die im Auftrag des CIA (Stichwort Iran-Contra-Affäre) unterwegs waren und sind, mit denen man die schwarzen Ghettos in den USA überschwemmte, die mit Drogen für Epstein & Co. in die USA gebracht werden, dann würde der „Krieg gegen die Drogen“ dort stattfinden, wo er hingehört. In die USA, in die teuersten Villengegenden in den USA in die gated communities. Dorthin, wo in der Gewissheit guter, reiner Stoff konsumiert wird, weil dort die rechtsfreien Räume zum selbstverständlichen Lebensgefühl gehörten.

Die US-Kriegspolitik unter Trump gegen Venezuela ist nicht neu, sondern Ausdruck der Kontinuität imperialistischer Kriegspolitik.

Es gibt nicht wenige, die die Trump-Politik als einen Wende- und Kippunkt in der Geschichte der USA markieren.

Ich halte diese Einordnung für irreführend und falsch. Sie hat wenig mit den Fakten zu tun, dafür viel mit der Absicht, sich so etwas wie die Clinton- oder Obama-Politik zurückzuwünschen.

Das kann jeder sehr gut an der Venezuela-Politik der US-Regierungen nachzeichnen. Dabei wird er sehr schnell feststellen, dass dies nichts mit einem sympathischen oder widerlichen US-Präsidenten zu tun hat und schon gar nichts mit der imperialen

Praxis, die unabhängig von den Wahlergebnissen – der „militärisch-industrielle Komplex“, so Ex-US-Präsident Dwight D. Eisenhower, 1961, bestimmt.

Im Jahr 1992 putschten venezolanische Militärs unter Hugo Chávez die damalige Regierung, die Garant dafür war, dass der größte Reichtum Venezuelas, die Ölressourcen, in die Hände von US-Konzerne gelegt wurde.

Für gewöhnlich sind Militärputsche eine reaktionäre Angelegenheit, um zuvorderst US-Interessen zu sichern – wenn zum Beispiel Wahlen nicht zum erwünschten Ergebnis (wie in Chile 1973) geführt haben.

Ausnahmsweise schlug dieser Militärstreich die entgegengesetzte Richtung ein und fand ausgesprochen große Zustimmung in der Bevölkerung. Der Putschversuch scheiterte zwar, aber die Partei Movimiento Quinta República gewann die Wahlen 1999 und Hugo Chávez wurde zum Präsidenten gewählt.

Das war der Beginn der „bolivarianischen Revolution“, die sich viele hier nicht einmal erträumen: Die weitgehende Verstaatlichung der Ölindustrie, die massive Verbesserung der Lebensbedingungen in den ärmsten Regionen. Die Beteiligung der Bevölkerung an den zu veranlassenden Veränderungen. Die Verstaatlichung von brachliegendem Land und aufgegebenen Produktionsstätten. Die Verteilung von Land und die Unterstützung von Kollektiven, Aufbau eines lokalen Fernsehsystems, das von den Bürgern gemacht wurde. Der kostenlose Zugang zu Schulen und Universitäten. Ein kostenloses Gesundheitssystem.

Nur drei Jahre später, 2002, starteten unter US-Anleitung rechte Militärs einen Putsch, so wie man das von Militärs gewöhnt ist. Sie besetzten den Präsidentenpalast Miraflores in der Hauptstadt Caracas und entführten Hugo Chávez auf eine Insel und hielten ihn

dort als Geisel fest. In den US-Medien war kaum bis irreführend die Rede davon. Der Putsch einer gewählten Regierung in Venezuela lag ganz auf der Linie der damaligen US-Regierung unter George W. Bush, in deren Fußstapfen Donald Trump nur treten musste. Die Bush-Regierung verfolgte das prahlerische Ziel, die ganze Welt nicht nur „sicherer“, sondern auch „besser“ zu machen. Die USA sollten die „Hoffnung der Demokratie, der Entwicklung, der freien Marktwirtschaft und des freien Handels in jede Ecke dieser Welt bringen“.

Das sahen Millionen von Menschen in Venezuela ganz anders: Zehntausende, hunderttausende Menschen zogen vor die Kasernen, um sie blockieren. Und ein Meer von Menschen umzingelte den gekaperten Präsidentenpalast, um die Freilassung des Präsidenten zu fordern. Es hat etwas wirklich Märchenhaftes, wenn man das Ende in Erinnerung ruft: Nach zwei Tagen gaben die reaktionären Militärs auf, brachten Hugo Chávez mit einem Militärhubschrauber zurück und der Putschversuch war Geschichte.

Zu diesem Märchen kommt noch etwas Märchenhaftes dazu. Kurz vor dem Putsch hielt sich ein irisches Filmteam mit Kim Bartley and Donnacha Ó Briain im Präsidentenpalast auf, um dort zu filmen. Als die Putschisten die Regie übernahmen, waren sie sich ihrer Sache so sicher, dass das irische Fernsehteam einfach weiterfilmen konnte – also auch dabei war, als sich die Putschisten, Unternehmer, Militärs und rechte Politiker, Ämter und Beute aufteilen wollten: *The Revolution Will Not Be Televised / Chávez: Inside the Coup (2003)*

2019 startete die US-Regierung in Trumps erster Amtszeit einen erneuten militärisch orchestrierten Regime-Change-Versuch. Der Protest im parlamentarischen US-Oppositionslager glich bestenfalls einem Flüsterton, denn die Beseitigung der sozialistischen Regierung in Venezuela war und ist parteiübergreifender Konsens.

Jakob Reimann schrieb dazu den Beitrag Regime Change in

Venezuela und die Gier des US Empire vom 4. Februar 2019:

„Unter dem Vorwand, in Venezuela „die Demokratie wiederherzustellen“, orchestriert Washington in Caracas einen Regime Change. Über Partei- und Ideologiegrenzen hinweg will die US-Kleptokratie die Öl vorkommen des Landes stehlen – die größten Vorkommen der Welt. Eine militärische Intervention wird offen diskutiert.“

Sofort verstanden auch die deutschen Medien die Zeichen der Zeit: Die ganz darin vereinten Leitmedien, von BILD bis Frankfurter Rundschau, vom Spiegel bis ARTE, ließen ihre Leser wissen, dass man den Hungernden in Venezuela zur Hilfe kommen müsse.

Unter US-hörigen Regierungen fiel ihnen der Hunger, die unverschämte Diskrepanz zwischen Elend und protzigem Reichtum in Venezuela nicht auf. Umso lauter hörten sie jetzt den Ruf nach Freiheit und wollen stante pede dort „einmarschieren“, also helfen. Dass es dabei um etwas ganz Anderes, also Schmieriges geht, quittierten die Laufstallmedien bereits damals mit dem Vorwurf, dass es sich dabei nicht um Öl, sondern um Verschwörungstheorien handele.

Bereits zu dieser Zeit musste man keine geheimen Papiere lesen, man musste nicht einmal die zahlreichen geleakten Dokumente kennen, die Putschpläne zum Gegenstand hatten, seitdem Venezuela nicht mehr in der Hand des Westens ist, seitdem es dort eine „sozialistische“ Regierung gibt.

In diesem Fall muss man nur die Worte des US-Sicherheitsberaters John Bolton laut vorlesen, der gegenüber dem Sender Fox News zeitgleich Folgendes erklärte:

„Wir führen jetzt Gespräche mit großen amerikanischen Unternehmen“, so Bolton auf dem rechtsaußen Sender FOX News. „Es

würde für die Vereinigten Staaten einen großen wirtschaftlichen Unterschied bedeuten, wenn amerikanische Ölfirmen jetzt investieren und die Öl vorkommen in Venezuela ausbeuten könnten.“
(Jakob Reimann, Regime Change in Venezuela und die Gier des US Empire, Portal für kritischen Journalismus)

Der unverhüllte Imperialismus

Und dennoch muss man Veränderungen festhalten. Jahrzehntelang war es in den USA und Europa Usus, dass man Kriege führte, um in der Welt „Freiheit und Demokratie“ (Feedom and Democracy) zu bringen. Unter US-Präsident Trump 2.0 ist davon kaum noch die Rede. Unverblümt möchte er in Venezuela nur eines: Ins Öl-Geschäft zurückkehren und Kasse machen. Selbst in der deutschen Tagesschau wurde offen ausgesprochen, worum es bei diesem „Drogen-Krieg“ geht: Die USA haben dem venezolanischen Präsidenten Maduro freies Geleit angeboten, mit einer prall gefüllten Tasche Dollars fürs Exil. Das Ziel ist schlicht: Man will, dass die Verstaatlichungen von Öl vorkommen und Ölindustrie rückgängig gemacht werden, damit man wieder zu den paradiesischen Verhältnissen der 1970er und 1980er Jahre zurückkehren kann.

Das hat Mafia-Format und passt zu der Mitteilung, dass die US-Administration das „Verteidigungsministerium“ fortan als das führt, was es seit Jahrzehnten ist: als ein Kriegsministerium.

Heute gegen den unberechenbaren „Trump“ zu wettern, ist kein Beispiel mehr für den Antiamerikanismus – wie in den 1970er und 1980er Jahren –, sondern ein kalkulierter und geschätzter Kriegsertüchtiger.

Ganz schnell ist man heute gegen Trump, den man fast alles

bezichtigt. Mal ist er ein Putinfreund, mal einer, der mehr lügt, als das Alphabet Buchstaben hat. Mal ist er ein Egomane, das andere Mal einer, der nur US-Interessen vertritt (america first). Und ganz besonders gut eignet sich das Feindbild „Trump“, um gerade in Europa eine gigantische Kriegswirtschaft in Gang zu bringen, um von den Launen des US-Präsidenten unabhängig zu werden. Wer ihm auch noch Unberechenbarkeit vorwirft, dann meinen diejenigen nicht die zahlreichen Brüche von Abkommen, wie die Waffenstillstandsabkommen „für“ Gaza, die unter der Hand gewährte Fortsetzung der Besatzung Palästinas. In dieser Hinsicht schweigt man beziehungsweise geht d'accord mit dem US-Präsidenten.

Mit Unberechenbarkeit meint man die offene Kritik an der EU, die immer wieder erneuerte Ankündigung, sich waffentechnisch aus dem Krieg gegen Russland – auf dem Boden der Ukraine – zurückzuziehen. Dazu gehört auch die Aufforderung, dass sich die EU nun alleine „verteidigen“ müsse. Papa USA habe die Schnauze voll vom hilferufenden Kleinkind Europa. Und obendrauf erklärt man laut und unfein, dass in Europa die Meinungs- und Pressefreiheit verletzt werde. Das finden viele EU-Politiker tölpelhaft, wenn man weiß, dass man diesbezüglich der US-Administration nichts vormachen muss.

Tatsächlich spielt in der EU-Außenpolitik das Feindbild „Putin“ und das Feindbild „Trump“ eine komplementäre Rolle. Denn unabhängig davon, ob viele „Störungen im transatlantischen Verhältnis“ inszeniert sind: Sie sind der politische und ideologische Treibstoff für eine EU-Kriegspolitik, die aus dem Schatten der USA treten will, die eigene Kriege, also eigene Interessen verfolgen wird – wenn nötig, ohne Einwilligung der jeweiligen US-Regierung.

In Sachen „Venezuela“, also der Beseitigung einer Regierung, die kein Höfling der US-Politik ist und die Idee einer nicht-

kapitalistischer Politik wachhält, sind sie sich so was von einig.

Dabei schert sich die US-Regierung nicht darum, dass ihre Eskalationsstrategie offenbart, worum es eigentlich geht: Am 10. Dezember 2025 kaperte die US-Marine ein ziemlich großes Schiff. Auf dem befanden sich kein Gramm Drogen, sondern ... Öl für Kuba.

In einer auf der Plattform Telegram veröffentlichten Stellungnahme des venezolanischen Außenministers Yván Gil hieß (<https://t.me/YvanGilPinto/7326>) es:

„Jetzt zeigen sich die wahren Gründe für die andauernde Aggression gegen Venezuela. Es geht nicht um die Migration. Es geht nicht um den Drogenhandel. Es geht nicht um die Demokratie. Es geht nicht um die Menschenrechte. Es geht immer um unsere Bodenschätze, unser Erdöl, unsere Energie, um die Ressourcen, die ausschließlich dem Volk Venezuelas gehören.“

Alles uns

„Venezuela ist vollständig von der größten Armada umzingelt, die jemals in der Geschichte Südamerikas zusammengestellt wurde. Sie wird nur noch größer werden (...), bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie den Vereinigten Staaten von Amerika all das Öl, Land und andere Vermögenswerte zurückgeben, die sie uns zuvor gestohlen haben. Das illegitime Maduro-Regime nutzt Öl aus diesen gestohlenen Ölfeldern, um sich selbst, Drogen-Terrorismus, Menschenhandel, Mord und Entführungen zu finanzieren. Wegen des Diebstahls unserer Vermögenswerte und aus vielen anderen Gründen, einschließlich Terrorismus, Drogen-schmuggel und Menschenhandel, ist das venezolanische Regime als ausländische Terrororganisation eingestuft worden.“

Daher ordne ich heute eine vollständige und komplette Blockade aller sanktionierten Öltanker an, die nach Venezuela hinein- und aus Venezuela herausfahren. Die illegalen Einwanderer und Kriminellen, die das Maduro-Regime während der schwachen und unfähigen Biden-Administration in die Vereinigten Staaten geschickt hat, werden in hohem Tempo nach Venezuela zurückgeschickt. Amerika wird es nicht zulassen, dass Kriminelle, Terroristen oder andere Länder unsere Nation ausrauben, bedrohen oder schädigen, und wird ebenso wenig zulassen, dass ein feindliches Regime unser Öl, unser Land oder andere Vermögenswerte an sich nimmt – all dies muss den Vereinigten Staaten sofort zurückgegeben werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit in dieser Angelegenheit!“

Wenn das der ausgezeichnete Kabarettist Volker Pispers im Rahmen seines Programmes „Bis neulich“ so vorgetragen hätte, wäre das sicherlich als zu fett aufgetragen belächelt worden. Er hat inzwischen seinen Kabarettisten-Dasein aufgegeben, weil es unmöglich ist, diese Politik zu parodieren. Sie ist leider nicht lustig, nicht einmal übertrieben, sondern todernst. Sowohl in Deutschland, als auch in den USA.

Dieses Zitat stammt vom gegenwärtigen US-Präsidenten Donald J. Trump, das er auf seinem Truthsocial-Kanal am 17. Dezember 2025 gepostet hat.



Wolf Wetzel war Autor der ehemaligen autonomen L.U.P.U.S.- Gruppe, die sehr stark von der Häuserkampfbewegung der 1980er Jahre, der Startbahnbewegung 1980 bis 1991, der Anti-

Golfkriegskampagne 1991 und der Bundestagsblockade gegen die Abschaffung des Asylrechts 1993 geprägt war. Zuletzt erschienen das Buch „**Der Anti-Antifaschismus: Antifa, angebliche Nazis, rechtsoffener Staat und geheimdienstliche Neonazi-Verbrechen**“
[\(https://www.buchkomplizen.de/buecher/hintergrund-verlag/der-anti-antifaschismus.html\)](https://www.buchkomplizen.de/buecher/hintergrund-verlag/der-anti-antifaschismus.html)“ und die Autobiografie: „**Die drei Hälften meines Lebens – Opfer, Täter, Störenfried**“
[\(https://www.buchkomplizen.de/die-drei-haelften-meines-lebens.html\)](https://www.buchkomplizen.de/die-drei-haelften-meines-lebens.html)“. Eine Zeit lang schrieb er darüber hinaus Artikel für den Rubikon.